

21.10.2016

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS
MATTFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

eine weitere Sitzungswoche geht zu Ende, in der wieder viele Beratungen zum Bundeshaushalt für das Jahr 2017 anstanden. Mittwoch und Donnerstag waren geprägt von Sitzungen des Haushaltsausschusses. Am Donnerstag standen die Beratungen zu den Einzelplänen des Bundesministeriums der Verteidigung, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft auf der Tagesordnung.

Am Freitag fanden als erstes die Personalberatungen in der Haushalts AG der CDU/CSU-Fraktion statt, gefolgt von den gemeinsamen Beratungen mit unserem Koalitionspartner. Mir ist bei diesen Beratungen wichtig, dass die entsprechenden Bundesministerien und nachgeordneten Behörden ausreichend Stellen zur Verfügung haben, um ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen zu können. Dennoch sehe ich auch viele der entsprechenden Personalwünsche aus einigen Häusern als äußerst kritisch an. Mir ist es daher besonders wichtig, dass nur gut begründete und auch wirklich benötigte Stellen hinzukommen. Schließlich werden diese von uns Steuerzahlern bezahlt.

Einen kleinen Ausblick möchte ich auf die Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses Anfang November geben. In dieser Sitzung wird der Bundeshaushalt 2017 final beraten. Die Sitzung, die in der Regel bis in die frühen Morgenstunden des nächsten Tages andauert, markiert den Schlusspunkt der alljährlichen Haushaltsberatungen.

Besonders freue ich mich auf die Nominierungsveranstaltung der CDU des Wahlkreises Verden-Osterholz nächste Woche Dienstag. Ich möchte sehr gerne wieder für den nächsten Deutschen Bundestag kandidieren und hoffe sehr, dass unsere CDU-Mitglieder mir wieder ihr vertrauen aussprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Onlinepetition ist nicht gleich Onlinepetition

Als Obmann des Petitionsausschusses möchte ich heute einmal darauf hinweisen, dass es bei Onlinepetitionen durchaus signifikante Unterschiede gibt. Nicht jede Petition, die durch das Internet schwirrt, erreicht zwangsläufig den Bundestag. Es gibt viele private Plattformen, die die Möglichkeit anbieten, eine Petition einzureichen und Unterschriften bzw. Mitzeichner für eine gemeinsame Sache zu sammeln. Diese privaten Plattformen dienen vielleicht gut dazu, um Aufmerksamkeit zu erregen und Mitstreiter für die eigene Sache zu gewinnen, haben aber nichts mit unserem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zu tun, der durch das Grundgesetz dazu verpflichtet ist, jede eingegangene Eingabe entgegenzunehmen, zu prüfen und zu bescheiden.

Ich bin schon häufiger nach Petitionen gefragt worden, wo erst durch gezieltes Nachfragen erkennbar wurde, dass besagte Bit-ten und Beschwerden nie beim Bundestag selber, sondern auf privaten Petitionsplattformen eingereicht wurden. Fakt ist aber, dass nur die Petitionen durch den Bundestag bearbeitet werden können, die auch beim Petitionsausschuss des Bundestages eingereicht werden.



Die beim Bundestag eingereichten Petitionen werden unabhängig davon bearbeitet, ob Sie öffentlich oder nicht öffentlich sind. Es spielt auch für die inhaltliche Bearbeitung durch den Ausschuss keine Rolle, ob es sich um das Anliegen eines Einzelnen oder Tausender handelt.

Mir ist die Arbeit in diesem Ausschuss sehr wichtig, denn dort können wir direkt und unmittelbar Bürgern helfen, die ungerecht behandelt wurden, oder uns auf eine Gesetzeslücke aufmerksam machen.

Junge Deutsche interessiert an Politik

Junge Menschen im Alter von 15 bis 29 Jahren sind in Deutschland deutlich mehr an Politik interessiert als in anderen OECD-Staaten. Lediglich 7 Prozent gaben bei einer Befragung an, überhaupt nicht an Politik interessiert zu sein – zusammen mit Dänemark stellt dies den Tiefstwert dar. Im Schnitt gab jeder vierte junge Mensch (26 Prozent) in den OECD-Staaten an, überhaupt nicht an Politik interessiert zu sein. Am größten war das Desinteresse junger Leute an Politik in Tschechien (57 Prozent), gefolgt von Ungarn (49 Prozent) und der Slowakei (39 Prozent). Auch das Desinteresse in der Gesamtbevölkerung ist in Deutschland niedrig: Lediglich 5 Prozent gaben an, überhaupt nicht an Politik interessiert zu sein – nur in Dänemark war dieser Wert mit 3 Prozent noch niedriger. Im OECD-Durchschnitt gaben 19 Prozent an, komplettes Desinteresse an Politik zu haben.

Exporte ziehen an

Im August 2016 wurden in Deutschland Waren im Wert von 96,5 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 76,5 Milliarden Euro importiert. Damit waren deutschen Exporte im August 2016 um 9,8 Prozent und die Importe um 5,3 Prozent höher als im August 2015. Gegenüber dem Vormonat Juli 2016 nahmen die Exporte um 5,4 Prozent und die Importe um 3 Prozent zu. Der Anstieg betraf dabei den Handel mit EU-Ländern und Drittländern gleichermaßen: Während in die EU-Mitgliedstaaten Waren im Wert von 54,3 Milliarden Euro (plus 10 Prozent) exportiert und Waren im Wert von 48,5 Milliarden Euro (plus 5,2 Prozent) importiert wurden, exportierten die deutschen Unternehmen in Länder außerhalb der Europäischen Union Waren im Wert von 42,2 Milliarden Euro (plus 9,6 Prozent) und importierten Waren im Wert von 28 Milliarden Euro (plus 5,5 Prozent).

Zukunftsfest durch Digitale Bildung

Bürger in Deutschland sehen den Einsatz digitaler Technologien in der Bildung überwiegend positiv. Sie wünschen sich, dass ein grundlegendes Verständnis digitaler Technologien in Zukunft fester Bestandteil in der Schul- und Berufsbildung ist. Dieser Aussage stimmten 86 Prozent der Bürger zu, die im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) vom Meinungsforschungsinstitut Emnid befragt wurden. 79 Prozent der Befragten waren darüber hinaus der Überzeugung, dass der verstärkte Einsatz digitaler Technologien in der Bildung unabdingbar ist, um für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewappnet zu sein. 72 Prozent sagten, dies mache unsere Gesellschaft auch innovationsfähiger. 67 Prozent der Befragten gaben an, mit digitalen Technologien in der Bildung mehr Chancen als Risiken zu verbinden, lediglich 22 Prozent stimmten dieser Aussage nicht zu.

E-Government

In erster Lesung haben wir Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft um insgesamt 363 Millionen Euro pro Jahr beraten. Hierfür sollen bürokratische Vorschriften abgebaut und die Digitalisierung gefördert werden. Handlungsfelder sind etwa der Bereich der Beiträge zur Sozialversicherung, die mit einer neuen Fälligkeitsregelung vereinfacht werden sollen, oder die Anhebung von Pauschalierungsgrenzen für Rechnungen über Kleinbeträge und die Grenzbeträge zur Abgabe der Lohnsteuer. Wir wollen darüber hinaus das Konzept „Einheitlicher Ansprechpartner“ und das E-Government durch vereinheitlichte und über Internetportale abrufbare Informationen zu Gesetzen und Verordnungen stärken.

Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte

Die internationale Anti-IS-Koalition kann in den letzten Monaten immer mehr Erfolge aufweisen. Wir haben den Antrag der Bundesregierung beraten, die Beteiligung Deutschlands bei gleich bleibender Mandatsobergrenze von 1.200 Soldaten fortzuführen. Die Bundeswehr leistet bislang ihren Beitrag durch Luftbetankung, Aufklärung, seegehenden Schutz eines französischen Flugzeugträgers und Stabpersonal zur Unterstützung. Zusätzlich sollen diese Maßnahmen durch die Beteiligung an AWACS-Luftraumüberwachungsflügen in türkischem und internationalem Luftraum ergänzt werden. Durch diese können Erkenntnisse in Echtzeit gewonnen und an die internationale Koalition weitergegeben werden.

Entlastung mittelständischer Wirtschaft

In erster Lesung haben wir Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft um insgesamt 363 Millionen Euro pro Jahr beraten. Hierfür sollen bürokratische Vorschriften abgebaut und die Digitalisierung gefördert werden. Handlungsfelder sind etwa der Bereich der Beiträge zur Sozialversicherung, die mit einer neuen Regelung vereinfacht werden sollen, die Anhebung von Pauschalierungsgrenzen für Rechnungen über Kleinbeträge und die Grenzbeträge zur Abgabe der Lohnsteuer. Wir wollen darüber hinaus das Konzept E-Government durch vereinheitlichte und über Internetportale abrufbare Informationen zu Gesetzen und Verordnungen stärken.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 24

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Sebastian Fischer